

**Antrag der Fraktionen der SPD und der CDU****Umsetzung des Konzeptes zur Neuorganisation des bremischen Strafvollzuges beginnen!**

Der Senat hat am 18. März 2003 den Senator für Justiz und Verfassung gebeten zu prüfen, wie der Bremer Strafvollzug im Verbund mit den Nachbarländern zu optimieren ist, insbesondere um die kostentreibende Kleinheit einzelner Vollzugsarten (Jugend- und Frauenvollzug) zu überwinden. Des Weiteren wurde beschlossen, den Standort Blockland zu schließen und im Zuge dessen den Frauenvollzug zum Fuchsberg und den Jugendvollzug nach Oslebshausen zu verlegen.

Zur Umsetzung dieser Planung sollen die bremischen jugendlichen Straf- und Untersuchungsgefangenen in dem dafür vorgesehenen Haus IV auf dem Gelände der JVA Bremen untergebracht werden. Die jugendlichen Gefangenen aus Niedersachsen sollen nach dort zurück verlegt werden.

Des Weiteren soll der Frauenvollzug in geeignete Gebäude des Offenen Vollzuges am Fuchsberg verlegt werden. Um den besonderen Bedingungen des Frauenstraf- und Untersuchungsvollzuges gerecht zu werden, sollen diese nach den vorliegenden Plänen des Justizressorts nachgesichert werden.

Das bremische Justizressort steht derzeit in konkreten Verhandlungen mit Niedersachsen, die bisher in der JVA Blockland inhaftierten jugendlichen Häftlinge in die JVA Hameln zu verlegen. Die JVA Hameln verfügt über ein umfangreiches Aus- und Fortbildungsangebot sowie eine breite Differenzierung in der Binnenstruktur. Um für die inhaftierten Jugendlichen und die betroffenen Mitarbeiter in der JVA Planungssicherheit zu schaffen, müssen die Verhandlungen zügig zum Ergebnis geführt werden.

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf,

1. das Umzugsverfahren des Jugend- und Frauenvollzuges bis zum 30. Juni zum Abschluss zu bringen, d. h.
  - den Frauenvollzug in die Anstalt am Fuchsberg zu verlegen,
  - die Jugendlichen aus Bremen übergangsweise in das Haus IV der JVA Bremen zu verlegen,
  - die Jugendlichen aus Niedersachsen nach Hameln zurück zu verlegen;
2. die Verhandlungen mit dem Justizministerium Hannover über die Verlegung des Bremischen Jugendstrafvollzuges nach Niedersachsen alsbald zum Abschluss zu bringen und der Bürgerschaft (Landtag) zu berichten.

Wolfgang Grotheer, Jens Böhrnsen und Fraktion der SPD

Catrin Hannken, Jörg Kastendiek und Fraktion der CDU